

ISOR aktuell

Nummer 10/2004 ★ Infopreis 0,00 Euro ★ Oktober 2004

Mitteilungsblatt
der Initiativgemeinschaft
zum Schutz der sozialen Rechte
ehemaliger Angehöriger
bewaffneter Organe und
der Zollverwaltung der DDR e.V.

Arbeitsmaterialien der Vertreter-
versammlung vom 8. Oktober 2004
werden allen Teilnehmern am Ver-
sammlungsort ausgehändigt.
Eine ausführliche Berichterstat-
tung erfolgt in der Novemberaus-
gabe von »ISOR aktuell«

Wertneutralität des Rentenrechts Strafrente in Deutschland?

ISOR aktuell informierte in seiner Ausgabe 8-9/2004 über die Herausgabe von Forschungsergebnissen einer Arbeitsgruppe beim Vorstand von ISOR e.V. zu diesem Thema unter Leitung unseres Vereinsfreundes Prof. Dr. Rolf Gruner, Mitglied des Vorstandes und Leiter unserer Arbeitsgruppe Recht.

Inzwischen liegen diese als Buchausgabe in der Themenreihe „Edition Zeitgeschichte“ (Band 15) des Kai Homilius Verlags Berlin vor. Man kann anhand der regen Nachfrage schon jetzt eine sehr aufmerksame Aufnahme des Bandes registrieren, auch befördert durch den Umstand, dass das Bundesverfassungsgericht mit seinem Beschluss vom 23.6.2004 zur positiven Entscheidung und Regelung der E 3 - Fälle sowie seinen abweisenden Beschlüssen vom 22.6.2004 und vom 27.7.2004 zu Verfassungsbeschwerden ehemaliger Angehöriger des MfS/AfNS in sich widersprüchliche, offensichtlich politisch motivierte Entscheidungen traf, die das Fragezeichen im Untertitel unserer Publikation eigentlich in ein deutliches Ausrufezeichen verwandelt haben. Von Wertneutralität kann jedenfalls derzeit nicht die Rede sein. Mehr denn je drängt sich der Gedanke politischer Willkür und Federführung im Rentenrecht der BRD dort auf, wo systematisch eigentlich Wertneutralität stehen sollte.

Und so fand dann die vom Homilius Verlag als Einlader organisierte Buchvorstellung am 7. September 2004 auf einer Pressekonferenz im Hotel „Elefant“ in Schwerin regen Zuspruch – vorwiegend durch Betroffene.

Ein leider gewohntes Bild: Es gibt heute vielfach Pressekonferenzen ohne Presse, Öffentlichkeit ohne Medienpräsenz, trotz geschäftsüblicher Einladungen staatlich verordnete Nichtwahrnehmung dessen also, was da öffentlich geschieht. Ignoranz in vorauselendem Gehorsam bei der Presse gilt offensichtlich mehr und mehr als salonfähig und Ausdruck von Demokratie. Ignoranz wird zunehmend zur Methodik meinungsbildender Macht. So blieb diese Buchvorstellung zunächst im Kreise vertrauter Freunde, vornehmlich von Mitgliedern von ISOR und der GRH sowie von Vertretern des BRH und des Bundeswehrverbandes/Ost, mit denen uns

örtlich in sozialen Bündnissen und Aktionen vielfältige Gemeinsamkeiten verbinden. Folglich müssen wir Öffentlichkeit herstellen. Das allerdings sind wir inzwischen zunehmend trainiert, wenn's auch schwer fällt.

Dankenswerterweise konnten prominente Podiumsgäste begrüßt werden, so der Staatssekretär im Schweriner Sozialministerium Dr. Wolfram Friedersdorff und Frau Dr. Martina Bunge, Abgeordnete der PDS im Landtag und vormals Sozialministerin in der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern, wo sie persönlich bleibende Verdienste erworb, u.a. um die Bundesratsinitiative der Landesregierung zur Beseitigung des Rentenstrafrechts.

Leider konnte RA Dr. Peter Michael Diestel (Potsdam) seine Zusage zur Teilnahme in letzter Minute nicht einhalten, da er kurzfristig beruflich verhindert war.

Um so mehr wiegt sein Geleitwort, eine wohl begründete Positionierung gegen das Rentenstrafrecht, auch mit aktuellem Bezug. Es sollte in seiner bemerkenswerten Aussage und akzentuierten Diktion als Ermutigung im weiteren Kampf zur Kenntnis genommen werden, - es geht um mehr als „nur“ um Zahlbeträge im Rentenbescheid, so bedrückend allein die gegenwärtige materielle Lage für sich genommen für viele unserer Mitglieder auch ist. Die Moderation der Veranstaltung lag in Händen des Verlegers, Herrn Kai Homilius.

In seiner zugespitzten Problembenennung und Fragestellung an die Autoren und die Politiker regte er zu weiterführenden Überlegungen in der behandelten Materie an.

Prof. Dr. Rolf Gruner betonte das Anliegen des Buches und seiner Akzentsetzung in Sachen Wertneutralität. Seine Ausführungen trugen wesentlich bei, den Teilnehmern die bisherige Geschichte des Kampfes um gerechte Renten in der BRD seit 1990 in verständlicher Weise in Erinnerung zu bringen und sie einzuordnen in die politischen und sozialen Kämpfe der Gegenwart in Deutschland.

Besonders Dr. Martina Bunge als Zeitzeugin aus den vergangenen Jahren – zuerst als Mitarbeiterin in der Arbeitsgruppe für die

Rentenangleichungs- und -überleitungsge-
setze sowie der Vorbereitung des Einigungs-
vertrages in der Modrow-Regierung, später
in der Bundestagsgruppe der PDS griff diesen
zeitgeschichtlichen Bezug in seiner politi-
schen Relevanz für die Gegenwart auf. Ihre
Aussage, das vorliegende Material wegen
seiner Fundierung und Aktualität gern Freunden
zu empfehlen, gilt sicher nicht nur un-
mittelbar für den Sozialbereich. Ihr eigener
Beitrag in der Diskussion half, Details der
Entwicklungen besser zu verstehen.

Staatssekretär Dr. Wolfram Friedersdorff
hob – wie auch Frau Dr. Bunge – die Bedeu-
tung des außerparlamentarischen Drucks der
Vereine, Verbände und Organisationen her-
vor. Er betonte die Bundesratsinitiative des
Landes Mecklenburg-Vorpommern
2002/2003 als bleibendes Beispiel für den
Kampf um die Wertneutralität im Renten-
recht, aber auch für die Kompliziertheit und
Vielschichtigkeit dieses Ringens.

Alles in Allem: eine gelungene Veran-
staltung. Sie weist darauf hin, dass mit der vor-
gelegten Publikation ein wertvoller Beitrag
geleistet worden ist, den Kampf gegen das
Rentenstrafrecht zu befördern. In der gegen-
wärtigen Lage kann man eine derartige Pu-
blikation sicher kaum überschätzen, und es
bleibt der Wunsch, dass ihr durch unsere Mit-
glieder ein großer Verbreitungsgrad bescher-
te. Es ist in unserer Generation eine gute
Tradition, aus persönlichen Anlässen Bücher
zu verschenken. Warum nicht auch dieses?

Es wird sicher nützlich sein, ähnliche Ver-
anstaltungen als Problemdiskussion auch an-
derenorts zu organisieren. Es könnte dies ein
spezieller Beitrag unserer Öffentlichkeitsar-
beit werden.

ISOR e.V. (Hg.)
Wertneutralität des Rentenrechts.
Strafrente in Deutschland?

ISBN 3-89706-881-8, Hardcover, 18 €,
Edition Zeitgeschichte Band 15 des Kai
Homilius Verlages 10405 Berlin

Der Vertrieb für ISOR-Mitglieder er-
folgt über den Verein. Sammelbestel-
lungen über die TIG können bei der
Geschäftsstelle abgegeben werden.
Der Subskriptionspreis für Mitglieder
beträgt in diesem Falle 6.20 €.

Die DDR und ihre Sicherheit

Unter diesem Thema fand am 11. September 2004 in Berlin eine gemeinsame Tagung der GRH und des Solidaritätskomitees für die Opfer politischer Verfolgung in Deutschland statt. Redner waren: Dr. Hans Reichelt, stellv. Ministerpräsident und langjähriger Minister in der DDR, Dr. Wolfgang Schwanitz, Generalleutnant a.D., Minister für Staatssicherheit/Leiter des AfNS der DDR, und Fritz Streletz, Generaloberst a.D., Chef des Hauptstabes der NVA der DDR.

Dr. Hans Reichelt erläuterte in einer sehr persönlichen und emotionalen Rede die notwendige Dialektik von Sozialismus und Demokratie, in die eine vorbeugende und transparente Sicherheitspolitik als gesamtgesellschaftliche Aufgabenstellung einzubeziehen war. Diese wurde destruktiv, als versucht wurde, innere und äußere Widersprüche ohne notwendigen Dialog repressiv zu lösen.

Dr. Wolfgang Schwanitz stellte vor allem den Zusammenhang zwischen der Sicherung der DDR und der Erhaltung des Friedens in Mitteleuropa her. Er betonte das enge Zusammenwirken von Aufklärung und Abwehr im MfS und mit den anderen Schutz- und Sicherheitsorganen der DDR zur Realisierung dieser Zielsetzung, verwies aber zugleich auf die Ursachen zunehmender innerer und äußerer Widersprüche.

Fritz Streletz referierte, wie gewohnt exakt und anschaulich, über die Militärdoktrin der DDR als Teil der Militärdoktrin des Warschauer Vertrages, erläuterte das Führungssystem der DDR im Verteidigungszustand und die Rolle der in der DDR beteiligten Kräfte.

Abschließend ging er auf die Modifizierung der Militärdoktrin der Staaten des Warschauer Vertrages nach Analyse der internationalen Entwicklung im Mai 1987 ein. Er zog Vergleiche mit der aktuellen Militärdoktrin der USA und den aktuellen militärpolitischen Leitsätzen der Bundeswehr.

In der lebhaften Diskussion wurden u.a. folgende Probleme hervorgehoben:

- die gesellschaftliche und soziale Ausgrenzung gegenüber ehemaligen Angehörigen der Schutz- und Sicherheitsorgane der DDR und andere politische Verantwortungsträger,
- die Rolle der BRD-Justiz in diesem Prozess,
- die Versäumnisse bei der Bestrafung von Nazi- und Kriegsverbrechern durch die Alt-BRD und deren aktuelle Spätfolgen,
- die Geschichtsfälschungen hinsichtlich des Sozialismus und der DDR, insbesondere die Stasi-Hysterie und die Rolle der Birthler-Behörde dabei,
- und die Bedeutung der Solidarität gegen Ausgrenzung, Verleumdung und Lüge.

Der stellv. GRH-Vorsitzende RA Hans Bauer würdigte im Schlusswort die hohe Wertschätzung der Tätigkeit der Schutz- und Sicherheits-

organe der DDR und verwies darauf, dass es nicht verwunderlich sei, dass gerade deren ehemalige Angehörige Verleumdungen und Ausgrenzungen ausgesetzt sind. Er rief alle Anwesenden zur Solidarität auf.

Dr. Wolfgang Stuchly

Aus unseren TIG

Im Ergebnis der Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichtes vom 22. und 23. Juni sowie vom 27. Juli 2004 fanden in vielen TIG erweiterte Vorstandssitzungen, Versammlungen und andere Informationsveranstaltungen statt. Die Redaktion erhielt aus Bischofswerda, Wolgast-Anklam, Leipzig, Güstrow, Rostock, Schwerin, den Altmark-Kreisen u.a. Berichte und Erklärungen dieser Veranstaltungen, die übereinstimmend folgende Aussagen beinhalten:

- Der Kampf gegen verbliebenes Rentenstrafrecht wird bis zur endgültigen Beseitigung konsequent fortgesetzt, Mut und Wille dazu sind bei unseren Mitgliedern ungebrochen.
- Übereinstimmend wird der Solidaritätsgedanke dabei als entscheidende Voraussetzung für weitere Erfolge hervorgehoben - Solidarität sowohl im Verein zwischen unseren Mitgliedern als auch Solidarität mit befreundeten Vereinen und Verbänden. Alle Zuschriften gehen dabei vom Einbinden unseres gerechten Kampfes in die breite demokratische Protestbewegung gegen weiteren massiven Sozialabbau aus.
- Entscheidende Voraussetzung für unsere Kampfkraft wird die weitere Stärkung unseres Vereins durch neue Mitglieder sein, vor allem Mitglieder, die schon oder bald vom Rentenstrafrecht direkt betroffen sind.

In den Zuschriften werden übereinstimmend große Erwartungen an die Orientierung und Aufgabenstellung der außerordentlichen Vertreterkonferenz vom 8. Oktober geknüpft. So heißt es in der Erklärung der TIG Bischofswerda:

- Wir, der Vorstand und alle Mitglieder der TIG, billigen die Vorschläge unserer Interessenvertreter für eine sichere Altersversorgung frei von Rentenstrafrecht und gegen Sozialabbau!
 - Wir sind für eine Gesundheitsreform, aber nicht auf Kosten der sozial Schwachen und Kranken!
 - Wir sind für Reformen, aber nicht zu Lasten der Arbeitslosen, Geringverdiener und Sozialhilfeempfänger!
 - Wir sind für Rentengerechtigkeit und kämpfen gegen Strafrenten!
- Unsere Position: Wir verbinden uns mit all denen, die unseren gerechten Kampf um Rentengerechtigkeit gegen Strafrenten und Sozialabbau unterstützen!*

Aus der Postmappe

Jetzt ist erst recht Solidarität geboten

Beim Lesen der ISOR aktuell Nr. 8-9/04 wird klar, dass wegen der derzeitigen Gesetzeslage der Kampf um die Rentengerechtigkeit der ehemaligen Mitarbeiter des MfS ein langer und komplizierter Weg auf juristischem Gebiet sein wird. Das wichtigste ist, dass es uns nicht entmutigen darf und die Solidarität aller ISOR-Angehörigen verstärkt geboten ist! Denken wir doch an unsere aktive Dienstzeit zurück: Kein Befehl, keine Einsatzanordnung des Mdl ohne die obligatorische Festlegung, alle Maßnahmen in engem Zusammenwirken mit den zuständigen Organen des MfS durchzuführen. Wenn wir damals zur "Waffenbrüderschaft" standen, so jetzt erst recht, wenn die Mitarbeiter des MfS ständig zu "Buhmännern der Nation" gestempelt werden. Ich behaupte, dass diese Diskriminierung und Verteufelung, die bereits mit dem Beschluss der letzten Volkskammer der DDR vom Juli 1990 begann, in höchstem Maße gegen die elementaren Prinzipien der Menschenrechte verstößt! ... Da bringt ein Journalist die Story in die Öffentlichkeit, der sächsische PDS-Vorsitzende Peter Porsch sei IM des MfS gewesen. Flugs wird Frau Birthler vor die Kamera gerufen, die mit genüsslichen, oder eher hämischen Lächeln mit einem Papier wedelt, das jedoch mehr geschwärzt als beschrieben ist, als angeblichen Beleg. Gleich die Reaktion seitens der Uni Leipzig: Sofortige Kündigung des Lehramtes.

Solche Willkürhandlungen sind seit 1990 gang und gäbe, der reine Verdacht oder nur die leiseste Vermutung auf eine Mitarbeit diente und dient als Grund für sofortiges Berufsverbot. ...

Nur die Zugehörigkeit zum MfS oder die Belegschaft von Bürgern, an der Gewährleistung der inneren Sicherheit mitzuwirken, darf nie und nimmer zu Sanktionen wie Berufsverbot u.ä. führen. Diesen Aspekt müssen wir m.E. als ISOR in unserem politischen Kampf mehr in den Mittelpunkt stellen. Wenn Betroffene massiv an die Öffentlichkeit treten, dann tragen sie dazu bei, die Menschenrechtsverletzungen anzuprangern, um Änderungen zu erzwingen. Viele Mitarbeiter des Mdl, besonders viele Kriminalisten, werden aus ihrer Dienstzeit Beispiele parat haben, wie durch Hinweise des MfS Straftaten aufgedeckt und aufgeklärt wurden, die in unseren Zuständigkeitsbereich fielen. Also, sowohl weiter die verstärkte Solidarität mit den Betroffenen des MfS als auch die politisch-moralische Verurteilung der Menschenrechtsverletzungen in Form von Berufsverboten, Demütigungen und Beleidigungen! Sicher gibt es dazu weitere Vorschläge und Gedanken.

Siegfried Mikut, Kriminalhauptkommissar a.D.

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 23.07.2004 habe ich mit widersprüchlichen Empfindungen zur Kenntnis genommen. Selbstverständlich freue ich mich einerseits als „Betroffener“ über die Entscheidung zu den sogenannten „E3-Fällen“ und über die Feststellung der Verfassungswidrigkeit der bisherigen Rentenkürzungen. Andererseits sehe ich natürlich auch das Festhalten an der Ungerechtigkeit gegenüber den ehemaligen Mitarbeitern des MfS. Deshalb ist es für mich eine Selbstverständlichkeit auch weiterhin solidarisch als ISOR-Mitglied den weiteren Kampf

um die Herstellung der vollen Rentengerechtigkeit gegenüber den ehemaligen MfS-Mitarbeitern politisch und materiell zu unterstützen.

Christian Pahlig, Rostock

Bei anderen gelesen

In der Monatszeitung der GBM „GBM-Akzente“ Nr. 8/2004 war unter der Überschrift „Rentenstrafrecht ist und bleibt verfassungs-

widrig“ zu den jüngsten Beschlüssen des BVerfG u. a. zu lesen:

„... Vor allem aber bleibt es leider für die ehemaligen Angehörigen des MfS auch weiterhin bei der Begrenzung auf einen Entgeltpunkt je Jahr. ...“

Wir erklären gegenüber allen vom Rentenstrafrecht weiterhin Betroffenen unsere Solidarität und werden alles in unseren Kräften Stehende unternehmen, um auch für die Angehörigen des MfS zu einer gerechten Regelung zu kommen..

ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:

zum 101. Geburtstag

Helmut Wenzel, Bln.-Hohenschön.

zum 92. Geburtstag:

*Margarete Maczejewski, Suhl
Lieselotte Hapke, Cottbus
Walter Tanner, Bad Dürrenberg*

zum 91. Geburtstag:

Arthur Kirsten, Leipzig

zum 90. Geburtstag:

*Karl Ehmig, Bln.-Friedrichshain
Paul-Otto Bartöck, Cottbus
Walter Krumpa, Cottbus
Ida Wöhl, Bln.-Karlsorst*

zum 89. Geburtstag:

*Alfred Schille, Halle-Neustadt
Helmut Schwarz, Bln.-Treptow*

zum 88. Geburtstag:

*Erich Dolze, Dresden
Hans Frohberg, Stralsund*

zum 87. Geburtstag:

*Hugo Beck, Trusetal
Paul Mergner, Leipzig
Otto Trötscher, Bln.-Hellersdorf*

zum 86. Geburtstag:

*Herbert Bonßdorf, Plauen
Hildegard Kassner, Rostock
Willy Lorenz, Plauen
Heinz Meuche, Dresden
Siegfried Riedel, Bln.-Treptow*

zum 85. Geburtstag:

*Annemarie Baumann, Weißenfels
Wolfgang Brüggemann, Schönebeck
Walter Burtzki, Bln.-Mitte
Elisabeth Fischers, Seelow
Erika Hering, Leipzig
Irmgard Kurz, Bln.-Lichtenberg
Horst Martin, Eisenach
Edwin Maseberg, Strausberg
Elisabeth Neumann, Ferch
Udo Peschke, Hohen Neuendorf
Heinz Pietsch, Bischofswerda*

Kurt Prauka, Bln.-Köpenick

Siegfried Richter, Bln.-Lichtenberg

Ilse Roßberg, Bln.-Hohenschön.

Werner Schaaerschmidt, Chemnitz

Käthe Schmechtig, Cottbus

Arthur Schulze, Beyernaumburg

Karl Singer, Bln.-Hellersdorf

zum 80. Geburtstag:

Eva Albrecht, Bln.-Hohenschön.

Horst Becker, Rostock

Gerhard Eckert, Leipzig

Elli Folk, Bln.-Marzahn

Dr. Wolfgang Hahn, Bln.-Hellersdorf

Helmut Hopfe, Saalfeld

Dora Karge, Bln.-Friedrichsfelde

Marianne Köhler, Schmalkalden

Karl König, Dresden

Franz Lange, Leipzig

Helmut Lawal, Petershagen

Günter Marbach, Mittelschmalkalden

Gertrud Mehlhase, Potsdam-Stern

Günter Petzel, Eisenhüttenstadt

Helmut Pink, Bln.-Friedrichsfelde

Eva Schreiter, Leipzig

Fritz Valentin, Seelow

Ursula Walther, Dresden

Karl Weiss, Rostock

zum 75. Geburtstag:

Siegfried Baldauf, Bln.-Hohenschön.

Günter Bär, Bischofswerda

Werner Beck, Bernau

Ilse Beger, Torgelow

Lieselotte Beutin, Schwerin

Heinz Bierende, Leipzig

Joachim Böhm, Weißenfels

Charlotte Brandwein, Frankfurt/O

Günter Bräutigam, Sonneberg

Günter Butt, Cottbus

Carli Coburger, Bln.-Hohenschön.

Werner Dehne, Dresden

Günter Deutrich, Leipzig

Eduard Drahokoupil, Jena

Helga Dressler, Bln.-Treptow

Heinrich Dudda, Forst/L

Joachim Dunst, Bln.-Mitte

Wolfgang Eckert, Nächst Neuendorf

Gerda Elsner, Potsdam/Waldstadt

Helga Fetkulic, Bln.-Friedrichsfelde

Wilhelm Fetkulic, Bln.-Friedrichsfelde

Horst Fichtner, Meißen

Rolf Fister, Bln.-Friedrichshain

Ingeborg Fleischer, Dresden

Willy Förster, Senftenberg

Manfred Franz, Mülsen St. Jacob

Gerhard Franzke, Erkner

Bernhard Gaeding, Cottbus

Harald Gregor, Bln.-Marzahn

Christa Großmann, Zwickau

Gottfried Großmann, Dresden

Hugo Göhring, Erfurt

Klaus Günther, Bln.-Treptow

Dr. Manfred Hanitsch, Dresden

Siegfried Heimann, Cottbus

Hans-Joachim Henning, Oranienburg

Frieda Herbst, Zeitz

Josef Herles, Strausberg

Horst Hoffmann, Bln.-Köpenick

Olaf Hoffmann, Cottbus

Gerhard Höhn, Hildburghausen

Helmut Holle, Erfurt

Werner Hoppe, Schwerin

Eva Hotzler, Schwerin

Heinz Jahn, Löbau

Peter Karasjew, Erfurt

Heinz Klein, Bln.-Marzahn

Erna Kleinwächter, Strausberg

Gertrud Klimpke, Potsdam-Babelsberg

Alfred Köcher, Biesenthal

Karl Kröger, Bützow

Helmut Krüger, Bergen

Dr. Wilfried Krüger, Frankfurt/O

Gisela Krywko, Bln.-Hellersdorf

Karl-Heinz Kuchenbäcker, Saalfeld

Walter Kunath, Erfurt

Annemarie Kusche,

Bln.-Hohenschönhausen

Siegfried Lang, Magdeburg

Ernst Latza, Quedlinburg

Gertraud Leest, Bln.-Treptow

Toni Lein, Schwarzenberg

Hilde Lindner, Annaberg-Buchholz

Horst Lorenz, Magdeburg

Arnold Lust, Neustrelitz

Albrecht Margryta, Schwerin

Herbert Marquardt, Rostock

Horst Marx, Bln.-Pankow

Gerhard Matho, Bln.-Pankow

Horst Meißner, Güstrow

Gerhard Miska, Chemnitz

Helmut Möller, Suhl

Karl-Heinz Müller, Erfurt

Helmut Müller, Wefensleben

Manfred Munzert, Bln.-Treptow

Kurt Nagel, Erfurt

Günter Neumann, Bln.-Friedrichshain

Irene Oertel, Marienberg

Adolf Pauker, Salzwedel

Christoph Petzold, Bln.-Köpenick

Paula Plömann, Bln.-Pankow

Christa Prenzel, Bln.-Treptow

Anneliese Reißenaus, Plauen

Manfred Rohland, Bln.-Lichtenberg

Joachim Rosch, Bln.-Lichtenberg

Werner Schmidt, Cottbus

Franz Schneider, Gardelegen

Hans Schneider, Blankenfelde

Hans Schöneberg, Magdeburg

Helmut Schreier, Bln.-Pankow

Ephigenie Schubert, Bln.-Friedrichshain

Josef Schüller, Wittenberge

Heinz Schürkamp, Bln.-Friedrichshain

Günter Schulz, Guben

Helmut Schulze, Bln.-Pankow

Ursula Schumann, Bln.-Weißensee

Margit Schwerin, Laußnitz

Karl-Heinz Schwarzeit,

Bln.-Friedrichshain

Dr. Heinz Siebenhüner, Bln.-Mitte

Ernst Spitta, Bln.-Hohenschön.

Paul Tandetzki, Saßnitz

Werner Teichert, Potsdam

Arno Teichmöller, Martinroda

Heinz Thaute, Chemnitz

Elfriede Trautenberger, Schwerin

Friedrich Ulbrich, Bln.-Hohenschön.

Editha Ulbrich, Bln.-Treptow

Frido Vattrodt, Erfurt

Christa Warnicke, Bln.-Köpenick

Rudolf Wehr, Wismar

Wolfgang Weichsel, Leipzig

Erich Wenzel, Hildburghausen

Wolf-Dieter Wilms, Fischbach

Herbert Wolff, Struth-Helmershof

Winfried Wuttig, Oranienburg

Erwin Zillich, Bln.-Treptow

Anzeige

Alles für unsere Senioren!

Die Firma „SPEKTRAL-FINANZ“ bietet ein umfassendes Vorsorgekonzept, welches auf die ältere Generation abgestimmt ist.

Zum Angebot gehören u.a.:

Hausrats-, Haftpflicht-, Rechtsschutz-, Unfallversicherung sowie Bestattungsvorsorge, Sterbegeld und Pflegeversicherung.

„SPEKTRAL-FINANZ“ ist ausschließlich in den neuen Bundesländern tätig mit Sitz in Berlin. Die Beratung und Betreuung wird individuell und vor Ort durchgeführt.

Spektral-Finanz

Storkower Str. 175, 10369 Berlin

Tel.: 030 97104006

E-Mail: info@spektral-finanz.de

www.spektral-finanz.de

Die AG Recht informiert

Muster für einen Widerspruch

1) Nach den Beschlüssen des Bundesverfassungsgerichts vom Juni und Juli 2004 wird ehemaligen Angehörigen des MfS empfohlen, gegen den Bescheid über die erstmalige Bewilligung einer Rente (Renten wegen Erwerbsminderung, Altersrenten, Witwen- oder Waisenrenten) Widerspruch einzulegen. Dazu kann der nachfolgende Mustertext verwendet werden.

Adresse des Rentenversicherungsträgers
Datum

Versicherungsnummer:

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lege ich gegen den Bescheid vom 2004 Widerspruch ein.

Ich wende mich vor allem gegen die Minderung meines Rentenanspruchs wegen der Entgeltbegrenzung nach § 7 AAÜG.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Beschluss vom 22. Juni 2004 (1 BvR 1070/02) die Überprüfung des § 7 AAÜG in Aussicht gestellt, nachdem die Ergebnisse der vollständigen Klärung der Einkommensverhältnisse vorliegen. Die dazu erforderlichen Maßnahmen sind im Gange.

Das Widerspruchsverfahren soll ruhen, um

das Ergebnis und die darauf folgende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts abzuwarten.

Unterschrift

2) In bereits laufenden und ruhenden Widerspruchsverfahren sollte vom Rentner nichts unternommen werden. Vielmehr ist eine Reaktion des Rentenversicherungsträgers abzuwarten. Sollte dieser nach der Beendigung des Widerspruchsverfahrens fragen, so kann mit der oben stehenden Begründung geantwortet werden, dass der Widerspruch fortgesetzt wird und weiterhin ruhen soll.

In eigener Sache

Ab sofort werden auf unserer Web-Seite www.isor-sozialverein.de unter der Rubrik „Hilfen“ Argumente und Beispiele für Petitionen an den Deutschen Bundestag publiziert.

Danksagung

Für die Würdigung des Wirkens unseres verstorbenen Rechtsanwaltskollegen Dr. Frank Osterloh im Mitteilungsblatt „ISOR aktuell“ und der persönlichen Bekundung der Anteilnahme zahlreicher ISOR-Mitglieder und Mandanten möchten sich die Kollegen der Kanzlei auf diesem Wege herzlich bedanken.

Im Namen der Kanzlei die Rechtsanwälte

Gudrun Kozolek und Steffen Sonntag

Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder



Herbert Albrecht, Luckenwalde
Konrad Bethge, Nordhausen
Helmut Blocksdorf, Bln.-Friedrichsfelde
Jutta Buchholz, Wismar und Berlin
Rudolf Dorfmeister, Bln.-Hohenschönhausen
Rolf Estel, Niederschlag
Heinz Fathke, Bln.-Hohenschönhausen
Rudolf Fiedler, Bln.-Lichtenberg
Werner Frank, Bln.-Köpenick
Konrad Graiche, Bln.-Friedrichsfelde
Kurt Hauf, Magdeburg
Elfriede Heinrich, Mahlow
Bernhard Helmchen, Cottbus
Hardi Hengst, Dresden
Erich Hentschke, Chemnitz
Werner Herfurth, Bln.-Hohenschönhausen
Peter Hocke, Radeberg
Horst Hofer, Bln.-Marzahn
Maria Hüenthal, Leinefelde
Karl Heinz Ihlenfeld, Bln.-Treptow
Heinz Irmscher, Stralsund
Dora Körner, Dresden
Ingrid Koinzer, Cottbus
Rainer Kypke, Kloster Zinna
Walter Laadsch, Bln.-Treptow
Hildegard Lange, Bergfelde
Heinz Lieder, Bernau
Günter Mallow, Grimmen
Hugo Marr, Erfurt
Heinz Matiske, Oranienburg
Egon Malzdorf, Malchin
Rolf Meyer, Leipzig
Werner Mickan, Bln.-Lichtenberg

Paul Müller, Leipzig
Werner Müller, Königs Wusterhausen
Günther Neumann, Bln.-Friedrichsfelde
Hans-Joachim Neusesser, Neubrandenburg
Horst Plietz, Havelberg
Hans-Joachim Prophet, Leipzig
Horst Rathke, Bln.-Hellersdorf
Roland Roscher, Seifhennersdorf
Alfred Ruppelt, Bln.-Hohenschönhausen
Werner Ryll, Schwerin
Kurt Salatzki, Bln.-Friedrichsfelde
Sonja Schilk, Zwickau
Fritz Schindler, Bln.-Prenzlauer Berg
Erich Schönrock, Bln.-Weißensee
Heinz Schreiber, Löbau
Kurt Schwanz, Eichwalde
Werner Seidel, Cottbus
Karl-Heinz Selke, Neustrelitz
Helmut Stein, Stendal
Klaus Steinhauer, Eisenhüttenstadt
Werner Struck, Gera
Claus Thiede, Hagenow
Ruth Thieme, Halle
Horst Ulbrich, Schwarzenberg
Fritz Wächter, Pößneck
Frank Wagner, Erfurt
Peter Waldyra, Wernigerode
Axel Weber, Görlitz
Harry Wieden, Gera
Kurt Wietig, Rostock
Bernd Windolph, Leipzig
Eva Winkler, Glauchau
Ruth Zander, Salzwedel

Ehre ihrem Andenken.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 29.09.2004

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 27.10.04

Einstellung im Internet: 05.11.04

Auslieferung: 11.11.04

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423 -10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Dienstag 9 bis 12 Uhr

Jeden 1. und 3. Donnerstag 15 bis 18 Uhr